

Luzern, 18. Juli 2011

Medienmitteilung

Zonen für gemeinnützigen Wohnungsbau gehören in die BZO

Der preisgünstige Wohnungsbau soll durch die neue Bau- und Zonenordnung unterstützt werden. SP und FDP fordern – wie schon in den Vernehmlassungen – die Einrichtung von „Zonen für gemeinnützigen Wohnungsbau“.

In der Stadt Luzern sind Wohnungen für breitere Bevölkerungsschichten an bevorzugten Wohnlagen kaum mehr bezahlbar. Wohnbaugenossenschaften spielen hier eine wichtige Rolle. Sie stellen guten Wohnraum zu fairen Mietzinsen zur Verfügung. Damit sorgen sie für den notwendigen sozial- und wirtschaftspolitischen Ausgleich und erfüllen eine wichtige Funktion.

Bernstrasse und Urnerhof

SP und FDP fordern, dass der gemeinnützige Wohnungsbau in der Stadt Luzern mit der neuen Bau- und Zonenordnung (BZO) gefördert wird und dass entsprechende Zonen dafür in der BZO verankert werden. Bereits in der Vernehmlassung zum Entwurf der neuen BZO haben SP und FDP die Einrichtung solcher Zonen gefordert. Mögliche Gebiete hierfür wären die Bernstrasse (SP und FDP), das Areal des Urnerhofs (SP und FDP) oder das Hallenbad Bireggstrasse (SP). Eine Ausweitung auf weitere Gebiete wäre möglich, in die Überprüfung sollen auch die Genossenschaften einbezogen werden.

SP und FDP können nicht verstehen, dass der Stadtrat solche Zonen nicht einrichten will. Die Überlagerung von bestehenden Bauzonen mit einer „Zone für den gemeinnützigen Wohnungsbau“ hält der Stadtrat „zum heutigen Zeitpunkt“ nicht für einen „gangbaren Weg“, schreibt er im Mitwirkungsbericht vom Juni. Die Stadt will stattdessen im Rahmen von Gestaltungsplänen einen Bonus für die Errichtung eines Anteils von gemeinnützigen Wohnungen verlangen. Ein solches Anreizsystem für den gemeinnützigen Wohnungsbau ist ein guter Vorschlag, aber er genügt nicht, finden SP und FDP.

Guter Wohnraum zu fairen Mietzinsen

Der genossenschaftliche Wohnungsbau hat in der Stadt Luzern eine lange Tradition. Mehr als 11 Prozent aller Wohnungen in Luzern gehören Genossenschaften. Nach Biel, Zürich und Basel ist Luzern die Stadt mit dem viertgrössten Anteil an Genossenschaftswohnungen. Bis in die siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts waren Wohnbaugenossenschaften besonders aktiv. Heute steht neben der Erstellung von neuem Wohnraum die Erneuerung von alten Siedlungen im Vordergrund. Wichtige Impulse für den gemeinnützigen Wohnungsbau in der Stadt Luzern gingen von Gewerkschaften, SP und FDP. Die Liberalen aus.

Auch künftig muss der Anteil der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften am Wohnungsmarkt mindestens gehalten werden. Wohnbaugenossenschaften nehmen ihre gesellschaftliche Verantwortung wahr und sind nicht auf isolierte Gewinnmaximierung ausgerichtet, sondern reinvestiert die Gewinne. Wenn die Stadt Luzern mit der neuen BZO in den nächsten Jahren bis zu zehn Prozent mehr Einwohnerinnen und Einwohner beherbergen soll, dann muss auch der Anteil der Wohnbaugenossenschaften am Wohnungsmarkt wachsen.

Initiative für zahlbaren Wohnraum

Im Januar 2011 wurde durch den Mieterverband, die SP und die Grünen eine städtische Volksinitiative „für zahlbaren Wohnraum“ eingereicht. Die darin aufgeführten Anliegen decken sich weitgehend mit den Anliegen von FDP und Wohnbaugenossenschaften. SP und FDP fordern den Stadtrat auf, diese Anliegen angemessen zu berücksichtigen und umzusetzen.

Was bringt der gemeinnützige Wohnungsbau?

Als gemeinnützige Wohnbauträger gelten Baugenossenschaften, Vereine, Stiftungen und Gemeinden (kommunaler Wohnungsbau), die preisgünstige Mietwohnungen anbieten (Nonprofit-Organisationen). Wohnbaugenossenschaften bilden den wichtigsten Teil der gemeinnützigen Wohnbauträger. Wirtschaftliche Betrachtungen zeigen klar, dass mit dem gemeinnützigen Wohnungsbau:

- ein wichtiger Beitrag an die Wohnraumversorgung geleistet wird,
- ein breitgefächertes Wohnungsangebot zur Verfügung gestellt wird,
- die Wohnungsmieten zwischen 20 bis 30% günstiger sind als vergleichbare Marktmieten,
- diese Wohnungen eine stabilisierende und ausgleichende Wirkung auf den Mietwohnungsmarkt haben und
- der Staat dank den günstigeren Mieten wesentliche Einsparungen bei den Sozialkosten (Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen) erzielen kann.

Weitere Informationen erteilen: Martin Merki, Fraktionschef FDP.Die Liberalen, Tel. 041 370 33 74 oder 079 779 43 68 / Dominik Durrer, Fraktionschef SP, Tel. 041 310 31 12